

DETLEF NAKATH,  
GERD-RÜDIGER STEPHAN

## Vor 15 Jahren: Bruch mit dem »Stalinismus als System«

Kollektiver Rücktritt der SED-Führung –  
Zeitweiliger Arbeitsausschuss – Sonderparteitag

Im Dezember 1989 – vor nunmehr 15 Jahren – kamen 2714 Delegierte zusammen, um über die Frage zu entscheiden, ob die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die vierzig Jahre lang nahezu uneingeschränkt die politische Macht in der DDR ausgeübt hatte, überhaupt noch eine Zukunft haben würde. Die letzte SED-Führung hatte sich als unfähig erwiesen, die gesellschaftliche Krise im Land zu überwinden. Alle Versuche, das Steuer im Herbst 1989 nochmals herumzureißen, »eine Wende einzuleiten«, waren gescheitert.<sup>1</sup> Der Sonderparteitag stand vor der Frage: Auflösung, Neugründung, Etiketten- und/oder Strategiewechsel?

Nach Erich Honeckers Rücktritt am 18. Oktober 1989 musste auch sein Kurzzeit-Nachfolger Egon Krenz nach 49 Tagen im Amt seine Funktionen an der Spitze der Partei, als Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates niederlegen. Mit ihm traten am 3. Dezember 1989 das gesamte Politbüro und Zentralkomitee zurück.

Hans Modrows Bewertung dieses kollektiven Rücktritts fiel so aus: »Die letzte Tagung des Zentralkomitees der SED besiegelte zugleich das Ende der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse in der DDR. So gesehen, ist dieses Plenum ein dramatischer Punkt ihrer Geschichte, aber daran gemessen, verlief die Tagung ohne jene apokalyptische Erregung, die ein solches einschneidendes Ereignis gewöhnlich vermuten ließe. Die Sitzung spiegelte den realen Verlauf der Dinge wider. Der Überbau fügte sich todmüde und erschöpft der Basis, die Führung – ob ZK, Politbüro oder Generalsekretär – hatte das Vertrauen bei der übergroßen Mehrheit der Parteimitglieder verloren.«<sup>2</sup>

Der »Kollaps der alten Garde«<sup>3</sup> kam zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr überraschend. Der in der Sowjetunion unter der Führung von KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow begonnene Umgestaltungsprozess zwang zu einer Demokratisierung des politischen Systems. Honecker hatte »Glasnost« und »Perestrojka« grundsätzlich abgelehnt und setzte sein auf »Kontinuität und Erneuerung« gerichtetes Konzept vom »Sozialismus in den Farben der DDR« entgegen.<sup>4</sup> Dies wurde in weiten Teilen der DDR-Bevölkerung und auch von großen Teilen der SED-Mitgliedschaft abgelehnt. Ihnen gingen die von Krenz und seiner Mannschaft auf den Weg gebrachten Veränderungen nicht weit genug. Die Parteibasis – so Gregor Gysi zehn Jahre später – »war immer weniger bereit, sich mit der Hinhaltetaktik, den Halbherzigkeiten und der Weigerung ihrer

Detlef Nakath – Jg. 1949, Historiker, Dr. sc. phil.; wiss. Koordinator des Projektes »Handbuch deutsche Zeitgeschichte seit 1945«, seit 2003 wiss. Mitarbeiter bei »Helle Panke e.V.« Berlin; Mitherausgeber und Autor zahlreicher Bände zur deutschen Zeitgeschichte und DDR-Geschichte, u. a. der Handbücher »Die SED« (1997) und »Parteien und Organisationen der DDR« (2002), Mitglied der Leibniz-Sozietät, zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Konferenz zur deutschen Zweistaatlichkeit, Heft 103/104 (Juli/August 1999)

Parteiführung unter Egon Krenz abzufinden«.<sup>5</sup> Für die Partei mit der selbsternannten »führenden Rolle« und ihre Führungsgremien begann ein verzweifelter Kampf um die Sicherung der politischen Macht und damit um den Erhalt des Staates DDR.

Überrollt von den Stimmungen an der Parteibasis und durch die innenpolitischen Probleme unter Druck geraten – es begannen Enthüllungen über Amtsmissbrauch, Vetternwirtschaft und Korruption –, gelang es den etablierten Kräften in der SED-Spitze nicht mehr, die Lage zu stabilisieren. Am 1. Dezember 1989 entschied die Volkammer, die Führungsrolle der »Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei« aus dem Artikel 1 der DDR-Verfassung zu streichen. Am gleichen Tag erschien auf einer der letzten Politbürositzungen der wenige Tage zuvor neugewählte Potsdamer SED-Bezirkssekretär Heinz Vietze und forderte Krenz sowie das gesamte Gremium auf zurückzutreten; die Brandenburger Stahlwerker drohen mit Streiks und verbrennen ihre Parteidokumente in den Schmelzöfen. Am 3. Dezember 1989 kapitulierte schließlich Zentralkomitee, Politbüro und ZK-Sekretariat sowie der Generalsekretär. Am 6. Dezember 1989 trat Egon Krenz auch als DDR-Staatsratsvorsitzender zurück und übergab die Amtsgeschäfte seinem Stellvertreter, dem langjährigen LDPD-Vorsitzenden Manfred Gerlach. Mit dem Ende der alten SED-Führung beschleunigte sich das Ende der DDR.

Unmittelbar nach dem dramatischen Rücktritt der Übergangsführung der SED konstituierte sich ein zeitweiliger Arbeitsausschuss. Dieser legte den Beginn des Außerordentlichen Parteitages kurzfristig auf Freitag, den 8. Dezember 1989 fest, weil die Lage im Lande immer unübersichtlicher wurde. Dem Arbeitsausschuss blieb noch eine Vorbereitungszeit von fünf Tagen bis zur Eröffnung des Parteitages.

Noch vor dem Rücktritt von Zentralkomitee und Politbüro sowie der Einsetzung des Arbeitsausschusses war zunächst eine zentrale Forderung der Parteibasis nach Durchführung eines Sonderparteitages durchgesetzt worden. Die Einberufung eines Parteitages hatte die Mehrheit im SED-Politbüro, solange sie im Amt war, kategorisch abgelehnt bzw. hintertrieben. Stattdessen beschloss die 10. ZK-Tagung am 9. November 1989 die Einberufung einer Parteikonferenz zum 15. bis 17. Dezember 1989.<sup>6</sup> Dieser Hinhalte-Beschluss wurde von zahlreichen Rednern auf den Demonstrationen der Parteibasis in Berlin am 8. November 1989 vor dem ZK-Gebäude und zwei Tage später im Lustgarten scharf kritisiert.

Der Arbeitsausschuss begann am 3. Dezember um 16 Uhr – unmittelbar nachdem Politbüro und Zentralkomitee zurückgetreten waren – unter der Leitung des im November neu gewählten Erfurter SED-Bezirkssekretärs Herbert Kroker mit seiner Tätigkeit.<sup>7</sup> Brigitte Zimmermann, »Wochenpost«-Chefredakteurin und Sprecherin des Arbeitsausschusses, beschrieb die ungewohnte Situation: »Wir arbeiteten damals zusammen, aber auch jeder für sich, unter den Eindrücken der Stunde und des Tages, die bestimmt waren vom rapiden Zerfall der SED und damit einhergehend, von der Legitimationskrise vieler staatlicher Institutionen in der DDR.«<sup>8</sup>

Am 4. Dezember 1989 befand sich Ministerpräsident Hans Modrow in Moskau und nahm als DDR-Delegationsleiter an der Tagung

Gerd-Rüdiger Stephan – Jg. 1961, Historiker, seit 1998 Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg in Potsdam; zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der DDR, der SED, der FDJ sowie der deutsch-deutschen Beziehungen; gemeinsam mit Detlef Nakath und Lothar Hornbogen Herausgeber des im Dezember 1999 erschienenen Protokollbandes des Außerordentlichen Parteitages der SED/PDS 1989. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Zur Theorie einer Analyse der Wissenschaftsentwicklung in der DDR (gemeinsam mit Clemens Burrichter), Heft 73/74 (November/Dezember 1996), S. 22-32.

1 Vgl. die Rede von Egon Krenz auf der 9. Tagung des SED-Zentralkomitees am 18. Oktober 1989 in: Hans-Hermann Hertle, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): *Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees*, Berlin 1997, S. 106 ff.

2 Hans Modrow: *Ich wollte ein neues Deutschland. Mit Hans-Dieter Schütt*, Berlin 1998, S. 372.

3 Konrad H. Jarausch: *Die unverhoffte Einheit*.

des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages teil. Dort unterrichtete der sowjetische Partei- und Staatschef Michail Gorbatschow die Repräsentanten der Bündnispartner über die Ergebnisse seiner Gipfelgespräche mit US-Präsident George Bush auf Malta. Modrow, der als DDR-Regierungschef formell nicht dem Arbeitsausschuss angehörte, wurde von dessen Vorsitzenden Herbert Kroker telefonisch gebeten, möglichst schnell wieder nach Berlin zurückzukehren, da nach Arbeitsantritt des Ausschusses sich die Lage in der DDR weiter destabilisiert hatte. Modrow erinnerte sich später: »Plötzlich kam ein Anruf. Herbert Kroker, Vorsitzender des Arbeitsausschusses der Partei, bat mich dringlichst nach Berlin zurückzukehren. Die Situation in der DDR entspannte sich einfach nicht; in einer Sprechererklärung zu gefährlichen Anzeichen von Selbstjustiz und angesichts des wiederholten Eindringens von Demonstranten in öffentliche Gebäude hatte der Ausschuss zu Besonnenheit aufgerufen. Kroker fürchtete, dass es zu Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten mit unvorhersehbaren Folgen kommen könnte. Allein in Leipzig gingen am Abend des 4. Dezember 1989 bei der Montagsdemonstration erneut mehr als 150 000 Menschen auf die Straße. Weitere Tausende in Potsdam, Karl-Marx-Stadt, Halle, Gera und Neubrandenburg. Die Medien aus Ost und West berichteten umfangreich darüber. Als die offizielle Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses in Moskau beendet war, baten wir Michail Gorbatschow um Verständnis für unseren sofortigen Rückflug. Nach dem traditionellen gemeinsamen Abendessen stand uns nicht der Sinn.«<sup>9</sup>

Die Auseinandersetzungen bei den Demonstrationen, die instabile wirtschaftliche Lage, fortgesetzte Enthüllungen über Amtsmissbrauch und Korruption führender Partei- und Staatsfunktionäre und nicht zuletzt die am 3. Dezember 1989 bekannt gewordene spektakuläre Flucht des langjährigen KoKo-Chefs und Staatssekretärs im Außenhandelsministerium, Alexander Schalck-Golodkowski, in die Bundesrepublik beeinflussten den Arbeitsausschuss, den zunächst für den 15. bis 17. Dezember 1989 vorgesehenen Sonderparteitag vorzuziehen, um rasch eine von der Basis legitimierte und somit handlungsfähige Parteiführung zu wählen.

Den Erinnerungen Gregor Gysis zufolge sah die Situation in der DDR Anfang Dezember dramatisch aus: »Die so genannten Schutz- und Sicherheitsorgane – es liefen Ermittlungsverfahren wegen der Übergriffe am 7./8. Oktober – zeigten sich wie gelähmt. Die Polizei hielt sich überall verängstigt zurück, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfS drohten in Panik zu geraten, die Soldaten der Nationalen Volksarmee wollten schlicht nach Hause. Die Wirtschaft war im Begriff zusammenzubrechen, Verbindlichkeiten der DDR an ausländische Banken wurden fällig, praktisch war die DDR bankrott. In Moskau forderte Gorbatschow, unbedingt die DDR zu halten, in Bonn hatte Kohl ein Zehn-Punkte-Programm vorgestellt, das auf die deutsche Einheit zielte.«<sup>10</sup> Hinzu kamen massenhafte Ausstritte von SED-Mitgliedern.<sup>11</sup> Die Glaubwürdigkeit der Partei und ihrer Ziele befand sich auf dem Nullpunkt.

Um den Arbeitsausschuss ranken sich Legenden. Nicht zuletzt aufgrund der komplizierten Aktenüberlieferung aus der hektischen

1989-1990, Frankfurt a. M. 1995, S. 88 ff.

4 Vgl. Monika Nakath: SED und Perestroika. Reflexion osteuropäischer Reformversuche in den 80er Jahren (hefte zur ddr-geschichte, 9), Berlin 1993, S. 39 ff; Dies.: Ein neuer »Sputnik-Schock«. Die SED-Führung im Spannungsfeld von Glasnost und Perestroika, in: Siegfried Prokop (Hrsg.): Die kurze Zeit der Utopie. Die »zweite« DDR im vergessenen Jahr 1989/1990, Berlin 1994, S. 10 ff.; Jens Hacker: Die politischen Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR von 1985 bis zum Herbst 1989, in: Wiedervereinigung Deutschlands, Berlin 1998, S. 205 ff.

5 Gregor Gysi: Auch die SED-Basis wollte Veränderungen, in: Das Parlament, Nr. 43/44, 22./29. Oktober 1999, S. 6.

6 Vgl. Hans-Hermann Hertle, Gerd-Rüdiger Stephan: Das Ende der SED, S. 273 f. – In der Geschichte der SED hatte es bis Mitte der fünfziger Jahre drei Parteikonferenzen gegeben: 1949, 1952 und 1956. Nach dem V. SED-Parteitag im Juli 1958 fanden Parteikonferenzen als Zusammenkunft zwischen den Parteitagern nicht mehr statt. Während der Amtszeit Honeckers wurde, erstmals am 25. Februar 1977 in Berlin, als neue Form die »Beratung des Politbüros und des Sekretariats des ZK mit den 1. Sekretären der Bezirks- und Kreisleitungen« eingeführt, die jedoch nach dem Statut keine Beschlussvollmacht besaß. Dies war praktisch ein »kleiner Parteitag«.

7 Dem Arbeitsausschuss gehörten 26 Mitglieder an: Heinz Albrecht, Hans-Jürgen Audehm, Wolfgang Berghofer, Lothar Bisky, Ellen Brombacher, Roland Claus, Gregor Gysi, Hans-Joachim Hahn, Klaus Höpcke, Dagmar Hülsenberg, Norbert Kertscher, Dieter Klein, Herbert Kroker, Eva Maleck-Lewy, Bernd Meier, Peter Pechauf, Ulrich Peck, Wolfgang Pohl, Erich Postler, Gerd Schulz, Wolfgang Thiel, Heinz Vietze, Markus Wolf, Roland Wötzel, Brigitte Zimmermann. Nachträglich wurde Andreas Thun von der »Plattform WF« aufgenommen. Jochen Willering nahm an den Sitzungen teil. Als Vorsitzender fungierte Herbert Kroker, seine Stellvertreter waren Heinz Albrecht, Dieter Klein und Eva Maleck-Lewy.

8 Brigitte Zimmermann: Eine Woche der Überforderung – die Zeit des Umbruchs, in: Disput, H. 10/1999, S. 4.

9 Hans Modrow: Ich wollte ein neues Deutschland, S. 378.

10 Gregor Gysi: Das war's. Noch lange nicht, Düsseldorf 1995, S. 92.

11 Von ehemals 2,3 Millionen Mitgliedern und Kandidaten der SED gehörten der PDS zum Ende des Jahres 1990 nur noch rund 200 000 Mitglieder an. Vgl. Chronik der PDS 1989 bis 1997, Berlin 1998, S. 39.

12 Heinrich Bortfeldt: Von der SED zur PDS. Wandlungen zur Demokratie? Bonn/Berlin 1992, S. 132.

13 Brigitte Zimmermann: Eine Woche der Überfor-

Schlussphase der SED-Geschichte ergab sich Raum für Deutungsvarianten und Spekulationen. Nach Auffassung des Historikers Heinrich Bortfeldt ist die Tätigkeit des Arbeitsausschusses zur Parteitagsvorbereitung von einer Gruppe initiiert worden, die noch dem letzten Politbüro angehörte – Siegfried Lorenz, Wolfgang Herger, Wolfgang Rauchfuß. Sie gingen davon aus, dass »angesichts der Dramatik der Ereignisse kein Vakuum entstehen durfte«. Falls es zum Rücktritt der Führung käme, sei ein »Auseinanderbrechen der SED zu verhindern und die Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages zu gewährleisten«. <sup>12</sup> Brigitte Zimmermann schrieb hingegen zum Zustandekommen und zur Zusammensetzung des Ausschusses: »Mir schien, dass dabei Hans Modrow, der schon Ministerpräsident war, und die 1. Bezirkssekretäre der SED, die am Vormittag des 3. Dezember das versagende Politbüro zum Rücktritt gezwungen hatten, federführend gewesen sind.« <sup>13</sup>

Den Erinnerungen Edwin Schwertners, Leiter des Büros des Politbüros, zufolge hatte der Leipziger Bezirkssekretär Roland Wötzel im Auftrage der zu diesem Zeitpunkt bereits mit einem Mandat aller für den Sonderparteitag ausgestatteten neuen SED-Bezirkschefs die Initiative für die Bildung des Arbeitsausschusses ergriffen. Demnach unterbreitete Wötzel auf der letzten ZK-Tagung am 3. Dezember 1989 »den Vorschlag zur Bildung eines Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages der SED. Außerdem sollte ein Untersuchungsausschuss unter der Leitung von Gregor Gysi eingesetzt werden.« <sup>14</sup> Beides wurde einstimmig beschlossen. An der Tagung nahmen alle 15 inzwischen neugewählten 1. Bezirkssekretäre teil. Herbert Kroker formulierte gegen Ende der 12. und letzten ZK-Tagung in einer unübersichtlichen Situation auf Aufforderung von Egon Krenz: »Ich kann hier nur sagen: Der Arbeitsausschuss wird sich 16.00 Uhr konstituieren, weil noch Genossen herangeholt werden, die im Arbeitsausschuss mitwirken sollen. Die Liste liegt hier, und erst, wenn wir die Genossen da haben, können wir uns zusammensetzen und können wir das Papier erarbeiten, welches wir heute noch der Presse übergeben. Es geht ja nicht anders, sonst würden wir wieder als Erste Sekretäre ohne die anderen Mitglieder etwas hier vortragen.« <sup>15</sup> Zeitzeuge Edwin Schwertner bemerkte zur Zusammensetzung des Arbeitsausschusses: »Es entstand ein Gremium, bei dessen Zusammensetzung der Zufall und eigene Initiativen offensichtlich mitregiert haben. Einige Vorschläge dürften noch auf Egon Krenz zurückgegangen sein. Andere Mitglieder waren einfach da, kamen und gingen.« <sup>16</sup> Zur Aufnahme der Tätigkeit des Arbeitsausschusses erinnert sich Schwertner: »Bereits in der 1. Sitzung am 3. 12. 1989 spielte die Frage der Legitimation des Ausschusses eine große Rolle. Den Mitgliedern war klar, dass sie zwar delegiert, aber nicht von der Basis gewählt waren. Deshalb heißt es in der Erklärung des Arbeitsausschusses vom 3. Dezember 1989 »legitimiert durch die Sorge um die Zukunft des Sozialismus in unserer DDR übernimmt der Arbeitsausschuss, bestehend aus den gewählten Delegierten zum außerordentlichen Parteitag und weiteren Persönlichkeiten, mit sofortiger Wirkung die Aufgaben zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages.« Nicht die Leitung der Partei, allein die Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages war

das erklärte Ziel des Arbeitsausschusses. Ein Parteitag sollte vorbereitet werden, der die »Neuformierung einer modernen sozialistischen Partei von unten einzuleiten vermag.«<sup>17</sup> Der Arbeitsausschuss appellierte an alle SED-Mitglieder, ihre Verantwortung für eine bessere DDR wahrzunehmen. Er sprach der Regierung Modrow das volle Vertrauen aus und die Achtung ihrer Souveränität.<sup>18</sup>

Fernab von allen »Verschwörungstheorien« beschrieb der Parteienforscher Gero Neugebauer den politischen und organisatorischen Ansatz für die Tätigkeit des Arbeitsausschusses: »Zwar sollte ein Tapeten- und Möbelwechsel sowie der Auszug der alten Einwohner aus der bel étage der Partei erfolgen, aber es blieb letztlich, trotz des im Arbeitsausschuss formulierten Parteitagmottos »Neuformierung einer modernen sozialistischen Partei von unten«, bei dem grundsätzlichen Willen, keine neue Partei mit einer neuen Legitimation zu schaffen. Dafür gab es im Arbeitsausschuss keine Mehrheit.«<sup>19</sup>

Tatsächlich ging man im Arbeitsausschuss von der übergreifenden Zielstellung aus, die Auflösung bzw. das Auseinanderbrechen der SED zu verhindern. Die Reformierung und Modernisierung der Partei hatten Priorität. Diese Position wurde später nach heftigen Diskussionen in der Nacht der ersten Tagung des Sonderparteitages mehrheitlich bestätigt.

Gysi zufolge kam der Arbeitsausschuss »täglich zusammen und informierte sich über den Stand der Vorbereitungen des Parteitages.«<sup>20</sup> Für die neu gewählten 1. Bezirkssekretäre bedeutete das ein ständiges Pendeln zwischen ihrem Arbeitsort und Berlin ohne nennenswerte Ruhephasen, wie sich der Hallenser Roland Claus an diese Tage erinnert.

Am 4. Dezember hatte der Arbeitsausschuss einen Appell zu Ruhe, Besonnenheit und Gewaltlosigkeit beschlossen.<sup>21</sup> Auch wichtige organisatorische Aufgaben waren zu realisieren. Ebenfalls am 4. Dezember wurden Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Mitglieder des Arbeitsausschusses und zur Sicherung des ZK-Gebäudes festgelegt. Es mussten die dort lagernden Archivbestände, Beschlüsse und Arbeitsmaterialien gesichert werden. Frühere ZK-Abteilungen waren zu schließen und die Arbeitsräume der ehemaligen Politbüromitglieder zu versiegeln. Edwin Schwertner bemerkte dazu: »Neue Einlasskarten für alle Beschäftigten waren auszugeben und eine strenge Kontrolle beim Verlassen des Hauses zu gewährleisten. Im Laufe des Tages erfolgte auch die Zimmeraufteilung für die Mitglieder des Arbeitsausschusses, die sofort mit ihrer Arbeit begannen.«<sup>22</sup>

Aufgrund der Situation im Lande hatte der Arbeitsausschuss auf seiner Sitzung am 6. Dezember 1989 den alten Zeitplan für den Sonderparteitag – 15. bis 17. Dezember – kurzfristig verändert. Nunmehr musste die gesamte Organisation des Parteitages binnen 48 Stunden umgestellt und vorgezogen werden. Dabei bediente sich der Arbeitsausschuss vor allem des noch intakten Apparates des SED-Zentralkomitees. Der Apparat verhielt sich in der organisatorischen Vorbereitung loyal gegenüber dem Vorbereitungsgremium und trug dazu bei, die durch den Beschluss über die Vorverlegung schwierigen logistischen Probleme zu lösen.<sup>23</sup> Zugleich wurde die Tagesordnung für den Sonderparteitag festgelegt. Die Mitglieder des Arbeits-

derung – die Zeit des Umbruchs, S. 4.

14 Edwin Schwertner: Von der SED zur PDS. Der Arbeitsausschuss zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages. Manuskript, S. 8. Edwin Schwertner nahm in seiner Funktion als Leiter des Büros des Politbüros an den Politbürositzungen teil und fertigte auch die Beschlussprotokolle. Am 3. Dezember stellte er sich in den Dienst des Arbeitsausschusses.

15 Hans-Hermann Hertle, Gerd-Rüdiger Stephan: Das Ende der SED, S. 478. Die Erklärung über die Konstituierung des Arbeitsausschusses vgl. in: Neues Deutschland vom 4. Dezember 1989.

16 Edwin Schwertner, S. 10.

17 Ebenda.

18 Vgl. Neues Deutschland vom 4. Dezember 1989.

19 Gero Neugebauer: Von der SED zur PDS 1989 bis 1990, in: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 108.

20 Gregor Gysi: Das war's. Noch lange nicht, S. 93.

21 Vgl. Neues Deutschland vom 5. Dezember 1989.

22 Edwin Schwertner, S. 15.

23 Vgl. Gespräch mit Edwin Schwertner am 14. Juni 1999 in Berlin.

ausschusses gingen unter Einbeziehung der von ihnen gebildeten Arbeitsgruppen in Eile und hektischer Tag-und-Nacht-Arbeit an die Ausarbeitung der benötigten Redemanuskripte und Beschlussdokumente und widmeten sich den komplizierten Fragen der Parteitageorganisation.

Das einzige aufgefundene Gedächtnisprotokoll über eine Sitzung des Arbeitsausschusses liegt vom 6. Dezember 1989 vor. Es dokumentiert die Entscheidung, den Beginn des Sonderparteitages auf den 8. Dezember vorzuziehen. Grundlage für diese Entscheidung war folgende Lageeinschätzung: »Die Genossen Kroker, Berghofer u. a. gaben eine Einschätzung der politischen Situation. Danach gab es Meinungen, wonach die SED nicht mehr tragbar sei. Es gehe um die DDR; der Sozialismus ist vielleicht noch rettbar. Die Austritte aus der Partei steigen weiter an. Die Staatsmacht verliert weiter an Autorität. Die Sicherheit in der DDR wird zur zentralen Frage, mit der sich der Runde Tisch beschäftigen muss. Es mehren sich die Stimmen, die die Auflösung der Partei fordern und die Abgabe ihres Vermögens.«<sup>24</sup> Vor diesem Hintergrund beschlossen die 17 anwesenden Mitglieder des Arbeitsausschusses die Vorverlegung des Parteitages sowie seine Tagesordnung. Zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages sollten am Donnerstag, dem 7. Dezember, in allen Bezirken Beratungen der gewählten Delegierten stattfinden. Laut Protokoll wurde am 6. Dezember im Ausschuss entschieden: »Als Kandidaten für die Funktion des Vorsitzenden und des Stellvertreters werden die Genossen Gregor Gysi und Wolfgang Berghofer vorgeschlagen«. Zudem: »Dem Parteitag wird als neuer Name vorgeschlagen: SED-Partei des demokratischen Sozialismus.«<sup>25</sup> Schließlich wurde der Beschluss gefasst, dass die Partei die Beteiligung an den Beratungen des Runden Tisches am 7. Dezember 1989 gewährleistet. Damit waren die wichtigsten Entscheidungen für den Beginn des Außerordentlichen Parteitages getroffen.

Der Außerordentliche Parteitag ist häufig als Sonderparteitag bezeichnet worden. Beide Termini werden häufig synonym verwendet. Dies liegt vor allem daran, dass die Parteibasis, die diesen Parteitag vehement einforderte, nahezu geschlossen von einem »Sonderparteitag« ausging. Die offizielle Bezeichnung lautete jedoch »Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS«. Der Außerordentliche Parteitag fand in zwei Tagungsrunden am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in der Berliner Dynamo-Sporthalle im Stadtbezirk Weißensee statt.<sup>26</sup> Die zwei Tagungen waren in der Planung des Arbeitsausschusses bereits vorgesehen.<sup>27</sup>

Am Freitag, dem 8. Dezember 1989, reisten die Parteitage delegierten mit Bussen und privaten PKW nach Berlin. Um 19 Uhr begann unter im Vergleich zu früher chaotischen Umständen der Parteitag. Die Organisatoren hatten bis in die Abendstunden fieberhaft nach Quartieren für die Delegierten gesucht, die dann aufgrund der Nachtsitzung gar nicht benötigt wurden.

Als Tagesordnung für die erste Sitzung am Freitag war die Eröffnungsrede des Arbeitsausschussvorsitzenden Herbert Kroker, die Konstituierung des Parteitages, eine Erklärung von Ministerpräsident Hans Modrow zur Lage in der DDR sowie die Wahl einer neuen Parteiführung vorgesehen. Unter der Versammlungsleitung des da-

24 Gedächtnisprotokoll über die Arbeitsausschuss-Sitzung, 6. Dezember 1989, PDS-Parteivorstand/Archiv.

25 Ebenda.

26 Vgl. Lothar Hornbogen, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999.

27 Vgl. Gregor Gysi, Thomas Falkner: Sturm aufs Große Haus. Der Untergang der SED, Berlin 1990, S. 100.

maligen Dresdener Oberbürgermeisters Wolfgang Berghofer fand der erste Teil dieser Sitzung öffentlich statt und wurde z. T. vom DDR-Fernsehen live übertragen, u. a. Krokens Eröffnungsrede, die kurze Ansprache von Hans Modrow sowie die Rede Gregor Gysis und die sich daran anschließende Diskussion.

Der zweite Teil der ersten Tagung fand als Nachtsitzung statt und begann am 9. Dezember 1989 um 1.40 Uhr. Dieser Teil des Parteitages ist nichtöffentlich durchgeführt worden. In seinem Verlauf erfolgte die Wahl Gregor Gysis zum Parteivorsitzenden, die Wahl des Parteivorstandes, des Präsidiums des Parteivorstandes sowie der Schiedskommission. Unmittelbar danach fand die konstituierende Sitzung des Vorstandes statt.<sup>28</sup> Nach der Wahl konstituierten sich die gewählten Gremien und stellten somit die Arbeits- und Leitungsfähigkeit her. Dem neu gewählten, 101 Mitglieder umfassenden Vorstand gehörten mit Gerd König, Hans Modrow, Hans-Joachim Willerding und Herbert Richter nur noch vier ehemalige ZK-Mitglieder bzw. -Kandidaten an. In die Schiedskommission war mit dem früheren ZK-Abteilungsleiter für Jugendfragen, Gerd Schulz, ein weiteres ehemaliges ZK-Mitglied gewählt worden.

Herbert Kroker hatte den Parteitag mit den Worten eröffnet: »Die Lage im Lande und in der Partei hat uns zu seiner vorfristigen Einberufung veranlasst, obwohl noch nicht alle Dokumente den erforderlicher Arbeitsstand aufweisen. In dieser gesellschaftlichen Situation sieht es der Arbeitsausschuss als lebensnotwendig für unsere Partei an, auf diesem ersten Beratungstag des außerordentlichen Parteitages handlungsfähige Leitungsgremien zu wählen, die durch die Parteibasis legitimiert sind. Es geht auf diesem Parteitag nicht nur um unsere Partei, es geht auch um das Land! Wenn wir uns selbst zerstören, helfen wir mit, das Land zu zerstören, das viele von uns aus Trümmern mit aufgebaut haben. Wenn wir uns spalten, zerstören wir die Hoffnung auf eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft, die wir alle wollen.«<sup>29</sup>

Auch DDR-Ministerpräsident Hans Modrow forderte unmittelbar nach der Parteitagseröffnung in seiner Ansprache die Delegierten auf, »laßt diese Partei nicht zerbrechen, nicht untergehen, sondern macht sie sauber und stark«.<sup>30</sup>

Die Eröffnung des Außerordentlichen Parteitages fand angesichts der in der DDR entstandenen Situation in einer emotional stark aufgeladenen Situation statt. Dennoch wurde deutlich, dass für die große Mehrheit der Delegierten die neue DDR-Regierung unter Ministerpräsident Hans Modrow als Autorität galt. Aufgrund der Souveränität des Ministerpräsidenten verlief seine erste, die Lage in der DDR beschreibende Rede in relativ ruhiger Atmosphäre. Modrow, der dann noch einmal auf dem Parteitag sprach, erinnerte sich später an diese Situation: »Auf diesem Parteitag ergriff ich zweimal das Wort, einmal verabredungsgemäß zu Beginn, ein zweites Mal Stunden später, als der Saal zu explodieren und sich alles aufzulösen drohte. Die einen wollten ihr Zögern gleichsam zum Programm erheben, die anderen wollten alles über den Haufen werfen. Meine Rede zur Eröffnung des Parteitages ist in der Klosterstraße, dem Sitz der Regierung, entstanden; ich schrieb sie gemeinsam mit Karl-Heinz Arnold. Die Gedanken, die ich auf diesem Parteitag nach

28 Dem neu gewählten Präsidium des Parteivorstandes gehörten der Parteivorsitzende, seine Stellvertreter und die Leiter der Kommissionen an. Zum Parteivorsitzenden wurde Gregor Gysi gewählt. Seine Stellvertreter waren Wolfgang Berghofer, Hans Modrow und Wolfgang Pohl. Zu weiteren Mitgliedern des Präsidiums des Parteivorstandes wurden gewählt: Monika Werner, Lothar Bisky, Marlies Deneke, Helmar Hegewald, Klaus Höpcke, Hans-Joachim Willerding.

29 Lothar Hornbogen u. a., S. 37.

30 Ebenda, S. 38.

31 Hans Modrow: Ich wollte ein neues Deutschland, S. 379.

32 Lothar Hornbogen u. a., S. 93 f.

- 33 Kommissionsvorsitzende wurden Wolfgang Berghofer (Politisches System), Lothar Bisky (Bildung/Schulpolitik, Medien/Presse), Marlies Deneke (Frauen-/Jugendpolitik), Helmar Hegewald (Umweltpolitik), Klaus Höpcke (Wissenschaft/Kulturpolitik) und Hans-Joachim Willerding (Internationale Politik).
- 34 Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus. 8./9. und 16./17. Dezember 1989. Materialien, Berlin 1990, S. 33.
- 35 Vgl. Detlef Nakath, Gero Neugebauer, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): »Im Kreml brennt noch Licht«. Die Spitzenkontakte zwischen SED/PDS und KPdSU 1989–1991, Berlin 1998, S. 83 ff.
- 36 Vgl. Lothar Hornbogen u. a., S. 178 ff.; Neues Deutschland vom 19. Dezember 1989.
- 37 Das Statut ist nur Wochen später ebenso wie das Parteiprogramm auf einem Wahlparteitag nochmals neu gefasst worden. Vgl. Partei des Demokratischen Sozialismus. Programm und Statut, Berlin 1990, S. 46 ff.
- 38 Vgl. dazu den Abschnitt »Staatssozialismus und Stalinismus« in: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 250 ff.
- 39 Vgl. Michael Schumann: Vor fünf Jahren, in: Joachim Bruhn, Manfred Dahlmann, Clemens Nachtmann (Hrsg.): Geduld und Ironie. Johannes Agnoli zum 70. Geburtstag, Freiburg 1995, S. 171 ff.

Mitternacht hielt, entwickelte ich in der Ecke eines Beratungszimmers. Ich war nie der Typ der spontanen, aus dem Gefühl herausprudelnden Ansprachen; eher neige ich zu einem sorgfältigen Ordnen und Abwägen der Gedanken, und so setzte ich mich in besagten Winkel und sortierte, was ich zu sagen für notwendig hielt.«<sup>31</sup>

Modrows Erinnerungen verdeutlichen die brisante Situation. Der spätere PDS-Ehrenden Vorsitzende wandte sich in der geschlossenen Nachtsitzung vehement gegen die denkbare Auflösung oder Spaltung der SED, auch wenn er dies in seiner Rede nicht unmittelbar thematisierte. Er sah die Partei und ihre Mitglieder in der Verantwortung für die vierzigjährige Entwicklung der DDR und forderte ausdrücklich, sich der Verantwortung der Situation zu stellen: »Ich muss hier in aller Verantwortung sagen: Wenn bei der Schärfe des Angriffes auf unser Land dieses Land nicht mehr regierungsfähig bleibt, weil mir, dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, keine Partei zur Seite steht, dann tragen wir alle die Verantwortung dafür, wenn dieses Land untergeht! Die Partei hat uns, den Delegierten, mit dem Mandat diese Verantwortung übertragen, und ich bitte euch, Genossen, dass wir jetzt gemeinsam den Weg mit Entschlossenheit gehen, dass unser Land und unsere Partei ihrer Verantwortung vor der Geschichte unseres Landes im Bündnis mit unseren Freunden, jawohl auch für Europa im Frieden, auch dieser Verantwortung gerecht werden.«<sup>32</sup>

Der Parteitag entschied sich schließlich nicht nur für die Wahl neuer Leitungsgremien. Nach einer Intervention Gregor Gysis – der dabei auch auf das beträchtliche Parteivermögen hinwies – wurde mit sehr großer Mehrheit die Auflösung der Partei abgelehnt.

Am späten Vormittag des 9. Dezember 1989 setzte der Parteitag seine erste Tagung öffentlich fort und wählte die Vorsitzenden von Kommissionen.<sup>33</sup> Gleichzeitig wurde ein »Bericht zur Diskussion auf dem ersten Beratungstag des außerordentlichen Parteitages« bestätigt, in dem sich die Delegierten beim Volk der DDR entschuldigen: »Die Delegierten des Sonderparteitages sehen es als ihre Pflicht an, sich im Namen der Partei gegenüber dem Volk aufrichtig dafür zu entschuldigen, dass die ehemalige Führung der SED unser Land in diese existenzgefährdende Krise geführt hat. Wir sind willens, diese Schuld abzutragen. Wir danken aufrichtig den mündigen Bürgern unseres Landes, die die radikale Wende durch ihren mutigen, gewaltlosen Kampf erzwungen und uns damit auch die Chance zur revolutionären Erneuerung unserer Partei gegeben haben.«<sup>34</sup> Danach vertagte sich der Außerordentliche Parteitag auf das nächste Wochenende. Zwischenzeitlich kam es zu mehreren Gesprächen und Telefonaten von Gregor Gysi mit Michail Gorbatschow und weiteren KPdSU-Spitzenpolitikern.<sup>35</sup>

Im Verlauf der zweiten Sitzung am 16./17. Dezember 1989 diskutierten die Delegierten Referate von Michael Schumann, Dieter Klein, Wolfgang Pohl, Gregor Gysi und hörten eine bemerkenswerte Gastrede von Rudolf Bahro.<sup>36</sup> Es wurde ein neues Parteistatut angenommen, welches das auf dem IX. SED-Parteitag 1976 beschlossene ablöste.<sup>37</sup>

Das vom Potsdamer Historiker Michael Schumann zu Beginn der zweiten Sitzung am 16. Dezember 1989 vorgetragene Referat »Zur

Krise in der Gesellschaft und zu ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED«, das im »Neuen Deutschland« und in der Parteitagsbroschüre des Dietz Verlages unter dem Titel »Wir brechen unwiderprüflich mit dem Stalinismus als System!« veröffentlicht wurde, markierte den später oft beschworenen »antistalinistischen Gründungskonsens«<sup>38</sup> der PDS. Schumann trug das Referat als Ergebnis von Diskussionen vor, die in einer Arbeitsgruppe des Arbeitsausschusses unter Leitung des Potsdamer Bezirkssekretärs Heinz Vietze geführt wurden.<sup>39</sup> An der Texterarbeitung, vorgetragen zweifellos in der Handschrift des Referenten, waren neben Vietze und Schumann die Historiker Günter Benser, Kurt Finker, Rolf Hoth, Karlheinz Jahnke, Kurt Libera, Gisela Schott, die Arbeitsausschussmitglieder Ulrich Peck, Markus Wolf und »Einheit«-Chefredakteur Manfred Banaschak beteiligt.

Schumann benannte als wichtigste politische Aufgabe der SED/PDS den Bruch mit dem »Stalinismus als System«. Honecker und sein Umfeld seien mit der Losung vom »Sozialismus in den Farben der DDR« auf Gegenkurs zu Perestrojka und Glasnost gegangen. Diese Zeit sei »Stalinismus in den Farben der DDR«.<sup>40</sup> Die neue SED/PDS-Führung setze sich auf dem Parteitag zum Ziel, die Organisation unwiderruflich von allen stalinistischen Strukturen zu befreien. Die angestrebte Entwicklung zu einer modernen sozialistischen Partei erschien damals bereits manchem als eine Aufgabe, die mindestens das nächste Jahrzehnt andauern werde.

Der Außerordentliche Parteitag war sowohl in der SED-Geschichte als auch der PDS-Entstehungsgeschichte ein singuläres Ereignis. Erstmals wurde ein Parteitag von der Basis erzwungen. Für die PDS steht dies am Beginn der eigenständigen Geschichte – als »Inaugural-Parteitag«. Zugleich ist es das formale Ende der SED. Die Bildung eines Arbeitsausschusses hatte noch die 12. (und letzte) ZK-Tagung – mithin ein SED-Gremium – am 3. Dezember 1989 beschlossen. Der Parteitag hingegen war auf für die SED einzigartige Weise durch den Druck der Basis gegen alle Verzögerungsversuche zustande gekommen – vor dem Hintergrund der zusammenbrechenden zentralistischen Struktur und Ordnung in SED und DDR.

Der Sonderparteitag war lediglich der erste Schritt auf dem langen Wege zu einer Modernisierung. Er konnte Fragen der konkreten historischen Situation aufwerfen und erste Antworten anbieten. Dass manche dieser Antworten bereits kurz nach dem Parteitag durch die gesellschaftliche Entwicklung in und außerhalb der DDR sowie bei den früheren Verbündeten überholt waren, lag im rasanten Tempo des Wandels 1989/90 begründet. Überdies sahen die Parteitagsdelegierten die Notwendigkeit der Erneuerung noch vor dem Hintergrund einer weiterexistierenden DDR. Diesbezüglich musste die PDS bald und schmerzvoll umdenken. Von Bestand blieb jedoch der vom Sonderparteitag ausgehende »antistalinistische Grundkonsens«.

40 Vgl. das ausführlich kommentierte Referat Michael Schumanns in: Wolfram Adolphi (Hrsg.): Michael Schumann. Hoffnung PDS, Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989–2000, Berlin 2004, S. 33 ff.

Literaturhinweise:  
 Wolfram Adolphi (Hrsg.): Michael Schumann. Hoffnung PDS, Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989–2000, Berlin 2004.  
 Manfred Behrend, Helmut Meier (Hrsg.): Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS, Eine Dokumentation, Berlin 1991.  
 Lothar Bisky u. a. (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, Berlin 1996.  
 Chronik der PDS 1989 bis 1996. Erarbeitet von Helmut Zessin, Edwin Schwertner und Frank Schumann, Berlin 1998.  
 Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik, Ein Handbuch, Berlin 1997.  
 Lothar Hornbogen, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999 (mit einer CD ausgewählter Original-Mitschnitte).  
 Hans Modrow: Ich wollte ein neues Deutschland. Mit Hans-Dieter Schütt, Berlin 1998.